



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

Freiburg i. Br., 18.12.2015

Unser Zeichen: 610-18.062

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
der Verbandsversammlung am 10. Dezember 2015
Audimax Gebäude D auf dem Campus der Hochschule
in Offenburg**

Verbandsvorsitzender	O. Neideck
Gesamtzahl der Mitglieder der Verbandsversammlung	80 Mitglieder
Anwesende Mitglieder	68 Mitglieder
Entschuldigt fehlten	- Hinterseh, Armin - Kieber, Volker - Paleit, Jochen - Vetrano, Toni - Handke, Claudia - Pfeifer-Suger, Dora
Vertreter der Verbandsgeschäftsstelle	Dr. D. Karlin F. Torns M. Drewitz I. Jehle
Presse	Mittelbadische Presse Acher Bühler Bote
Schriftführerin	H. Treichel

TAGESORDNUNG

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung am 26.02.2015**

2. **Nachrücken und Verpflichtung von Mitgliedern der Verbandsversammlung** **DS VVS 02/15**
 – *beschließend* –

3. **Besetzung der Ausschüsse** **DS VVS 03/15**
 hier: Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses und eines stellvertretenden Mitglieds des Planungsausschusses
 – *beschließend* –

4. **Hochschule Offenburg,
 - RegioWIN: Projekt „Regionales Innovationszentrum“**
 Referent: Rektor Prof. Dr.-Ing. Winfried Lieber
 – *Information* –

5. **Verein „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“**
 hier: Energieeffizienzprojekte der Klimapartner Oberrhein:
 Mehrwert für Kommunen und Mittelstand
 Referent: Vorstandsvorsitzender der badenova AG & Co. KG
 und Erster Vorsitzender des Vereins
 „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“
 Dr. Thorsten Radensleben
 - *Information* -

6. **Jahresrechnung 2014** **DS VVS 04/15**
 – *beschließend* –

7. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016** **DS VVS 05/15**
 – *beschließend* –

8. **Aus- und Neubau Rheintalbahn** **DS VVS 06/15**
 hier: Umsetzung der Beschlüsse des Projektbeirats
 – *beschließend* –

9. **Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens im Rahmen der Umsetzung des neuen kommunalen Haushaltsrechts** **DS VVS 07/15**
 hier: Ablösung Kameralistik durch Einführung Doppik
 – *beschließend* –

10. **Verabschiedung des langjährigen Mitarbeiters Dipl.-Ing. Michael Drewitz in den Ruhestand**

11. **Anträge und Anfragen**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 15:50 Uhr

Verbandsvorsitzender Neideck eröffnet die Sitzung der Verbandsversammlung begrüßt die anwesenden Gäste, Pressevertreter sowie die Verbandsmitglieder, stellt die Beschlussfähigkeit fest und bedankt sich beim Hausherrn Prof. Dr. Lieber für die Möglichkeit, in der Hochschule Offenburg tagen zu können.

TOP 1

Kenntnisnahme der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 26.02.2015 der Verbandsversammlung

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung am 26.02.2015 in Offenburg wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2

Nachrücken und Verpflichtung von Mitgliedern der Verbandsversammlung

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck

Verbandsvorsitzender Neideck stellt fest, dass das neu zu verpflichtende Verbandsmitglied Steffi Focke nicht anwesend ist. Er verpflichtet Herrn Rudolf Gwinner (FDP) auf das Ehrenamt mit folgender Eidesformel:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Einhaltung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten“.

Das neu verpflichtete Verbandsmitglied Rudolf Gwinner unterzeichnet die Verpflichtungserklärung.

Beschluss der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung stellt fest, dass

- 1.1 bei Herrn Helmut Dicke (AfD) das Vorliegen eines wichtigen Grundes gemäß § 35 Abs. 7 Satz 2 LplG i.V.m. § 16 Abs. 1, Ziff. 4 GemO und bei Herrn Paul Lauer (FDP) gemäß § 35 Abs. 7 Satz 2 LplG i.V.m. § 16 Abs. 1, Ziff. 5 GemO für das Ausscheiden aus der Verbandsversammlung vorliegt.
- 1.2 bei Frau Steffi Focke (AfD) und Herrn Rudolf Gwinner (Fdp) keine Hinderungsgründe i.S.v. § 35 Abs. 5 und Abs. 6 LplG vorliegen, um in die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein nachzurücken.

(einstimmiger Beschluss)

TOP 3**Besetzung der Ausschüsse**

hier: Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses und eines stellvertretenden Mitglieds des Planungsausschusses

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck

Verbandsvorsitzender Neideck ergänzt, dass VM Gewinner in Ergänzung der Sitzungsvorlage DS VVS 03/15 zusätzlich als ordentliches Mitglied des Kontaktausschusses der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein bestellt werden soll.

Nachdem kein Verbandsmitglied widerspricht, wird der Vorschlag der FDP-Fraktion durch offene Wahl zur Abstimmung gebracht.

Beschluss der Versammlung:

VM Rudolf Gwinner wird in offener Wahl zum stellvertretenden Mitglied des Hauptausschusses, zum stellvertretenden Mitglied des Planungsausschusses und zum Mitglied des Kontaktausschusses der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein bestellt.

(Einstimmiger Beschluss)

TOP 4**Hochschule Offenburg,
RegioWIN: Projekt „Regionales Innovationszentrum“**

Referent: Rektor Prof. Dr.-Ing. Winfried Lieber

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Prof. Dr. Lieber

Verbandsvorsitzender Neideck verweist darauf, dass der Regionalverband Südlicher Oberrhein das für die Hochschule Offenburg bedeutsame Projekt RegioWIN, über das Herr Prof. Dr. Lieber heute referieren werde, mit angestoßen habe.

Es folgt eine PowerPoint Präsentation von **Prof. Dr. Lieber**, die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Anlage 1

Verbandsvorsitzender Neideck dankt Prof. Dr. Lieber für dessen Ausführungen und ruft in Erinnerung, dass man im Jahr 2012 den „ersten Aufschlag“ zu dieser Thematik gemacht und 2019 das neue Gebäude des RIZ bereits fertig und bezogen werden könne. Dies sei für alle, die mit kommunalen Zeitmaßstäben vertraut seien, ein sensationell schneller Zeitplan. Um dieses Ergebnis zu erreichen hätten die Landesebene, die Kommune, die Hochschule und der Verein in einer vorbildlichen Form kooperiert.

Hinweis: die Tagesordnungspunkte 6 bis einschließlich 9 werden vorgezogen.

TOP 6 Jahresrechnung 2014

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Fraktionsvorsitzender Mungenast, Fraktionsvorsitzender Sandfort

Verbandsvorsitzender Neideck verweist auf die bereits erfolgte Vorberatung der Jahresrechnung 2014 am 25.6.2015 im Hauptausschuss. Herausgestellt werden dürfe, dass die Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt um rund 22.000 € niedriger als geplant ausgefallen sei, da man wieder auf ein relativ gutes wirtschaftliches Ergebnis habe zurückblicken können. Die Jahresrechnung sei auch Anlass der Verwaltung Dank zu sagen, da sie im Haushaltsjahr 2014 sehr wirtschaftlich gearbeitet habe.

Er sei froh, so **Fraktionsvorsitzender Mungenast**, dass man gut gewirtschaftet habe und freue sich natürlich, dass man die Rücklage nicht in dem Maße „geschröpft“ habe, wie dies geplant gewesen sei. Das werde den Haushalten in den kommenden Jahren gut tun. Die CDU-Fraktion bedanke sich bei der Verwaltung für das sparsame Wirtschaften und werde der Jahresrechnung zustimmen.

Man wolle sich seitens der SPD-Fraktion ebenfalls bei der Verwaltung bedanken, so **Fraktionsvorsitzender Sandfort**. Das Ergebnis sei erwartungsgemäß so, wie man es sich gewünscht habe. Einem unkomplizierten Haushalt folge ein erwartungsgemäßes Rechnungsergebnis.

Beschluss der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Jahresrechnung 2014 zur Kenntnis (Anlage DS HA 01/2015 bzw. DS VVS 05/15)) und stellt folgendes Ergebnis der Jahresrechnung 2014 gemäß § 42 LplG i.V.m. § 95 GemO fest.

a) Ergebnis der Haushaltsrechnung 2014

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Gesamt- haushalt SB 1+2
1. Soll-Einnahmen	1.330.155,41 €	38.244,92 €	1.368.400,33 €
2. Neue HH- Einnahmereste	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Zwischensumme	1.330.155,41 €	38.244,92 €	1.368.400,33 €
4. Ab: HH- Einnahmereste vom Vorjahr	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Bereinigte Soll- Einnahmen	1.330.155,41 €	38.244,92 €	1.368.400,33 €

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Gesamt- haushalt SB 1+2
□. Soll-Ausgaben	1.354.455,41 €	41.544,92 €	1.396.000,33 €
7. Neue HH- Ausgabereste	15.700,00 €		15.700,00 €
8. Zwischensumme	1.370.155,41 €	41.544,92 €	1.411.700,33 €
9. Ab: HH- Ausgabereste vom Vorjahr	40.000,00 €	3.300,00 €	43.300,00 €
10. Bereinigte □oll- Ausgaben	1.330.155,41 €	38.244,92 €	1.368.400,33 €
11. Differenz (10-5)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

b) Stand des Vermögens und der Schulden

	Stand	Zunahme/ Abnahme (-)
Aktiva		
1. Anlagevermögen (Finanzanlagen)		
Anfangsbestand	0,00 €	0,00 €
Endbestand	0,00 €	<u>0,00 €</u>
		0,00 €
2. Geldanlagen		
Anfangsbestand	100.100,00 €	150.000,00 €
Endbestand	150.100,00 €	<u>- 100.000,00 €</u>
		50.000,00 €
3. Buchmäßiger Kassenbestand		
Anfangsbestand	247.949,59 €	76.698,13 €
Endbestand	76.698,13 €	<u>- 247.949,59 €</u>
		- 171.251,46 €
Passiva		
1. Deckungskapital		
Anfangsbestand	100,00 €	0,00 €
Endbestand	100,00 €	<u>0,00 €</u>
		0,00 €
2. Rücklagen		
Anfangsbestand	256.230,00 €	0,00 €
Endbestand	217.995,08 €	<u>-38.234,92 €</u>
		-38.234,92 €

(einstimmiger Beschluss)

TOP 7**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016**

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Fraktionsvorsitzender Mungenast, VM Schreiner, Fraktionsvorsitzender Sandfort, Fraktionsvorsitzender Doll, Fraktionsvorsitzender Friebis, Fraktionsvorsitzender Baas

Das Haushaltsvolumen bewege sich 2016 geringfügig nach unten, so **Verbandsvorsitzender Neideck**. Man werde mit großer Wahrscheinlichkeit etwas weniger Ausgaben haben, als im abgelaufenen Jahr. Herauszustellen gelte es, dass man den Umlagehebesatz im neunten Jahr in Folge auf gleichem Niveau halten könne. Dies lasse sich darauf zurückführen, dass man in der Raumschaft eine gestiegene Steuerkraft habe. Man hoffe, dass diese Entwicklung so weitergehe, dann sei er zuversichtlich, dass man den Umlagehebesatz 2017 auch ein zehntes Jahr beibehalten könne. Die Umlage pro Einwohner in der Region betrage 1,16 €. Verglichen mit den anderen Regionalverbänden in Baden-Württemberg bewege man sich mit diesem Satz am unteren Ende. Am Rande wolle er das Augenmerk auch einmal auf das Thema „Energieeffizienz“ lenken. Es sei durch Beschaffung von stromsparenden Geräten gelungen, den Energieverbrauch im Bürogebäude um 1/3 zu senken. Da außerdem der Vermieter energetische Sanierungsmaßnahmen vorgenommen habe, gelte selbiges für die Reduzierung der Heizkosten. Im Vorbericht des Haushalts habe man ab Seite 4 ff. ausführlich dargestellt, was die Aufgabenstellung des Jahres 2016 sei. Schwerpunktmäßig werde man sich mit der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein befassen.

Man habe erfreut registriert, so **Fraktionsvorsitzender Mungenast**, dass der Umlagehebesatz konstant bleibe. Natürlich habe man auch festgestellt, dass die Ursache hierfür die gute Steuerkraft sei. Insgesamt stehe eine höhere Umlage zur Verfügung. Der Haushaltsplan sei unspektakulär. Wichtige Entscheidungen, beispielsweise in Personalangelegenheiten, seien im Vorfeld getroffen und damit auch die Grundlagen für das Haushaltsjahr 2016 gelegt worden. Das Jahr 2016 werde mit der Fortschreibung des Regionalplans eine wichtige regionalpolitische Etappe und sehr arbeitsintensiv werden – nicht nur für die professionell aufgestellte Verwaltung. Das Arbeitsprogramm stelle auch eine Herausforderung für die ehrenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen dar, die sich mit vielen Vorlagen beschäftigten müssten und dennoch das Begehren hätten, ab und an etwas zu ändern. Er habe die Bitte, dass die Verwaltung dieses politische Denken der Gremienmitglieder auch im nächsten Jahr ernst nehme und die Verbandsmitglieder unterstütze – auch wenn etwas nicht immer ganz so „folgsam“ vom Gremium begleitet werde – wie dies die Verwaltung erwarte. Man werde zusammen mit der Verwaltung versuchen, den Regionalplan sobald als möglich auf den Weg zu bringen. Allerdings müsse er deutlich betonen, Gründlichkeit gehe vor Schnelligkeit. Man wolle lieber einen guten Plan als einen übereilt beschlossenen. Dem Haushaltsplan werde man in der vorliegenden Form zustimmen. Er wolle jedoch ankündigen, dass Kolleginnen Schreiner einen Antrag stellen wolle. Dieser werde heute noch keine konkreten Haushaltsansätze betreffen, könne aber möglicherweise im Jahr 2016, je nach Fortschritt des Themas haushaltsrelevant werden.

Man werde hoffentlich am 17.12.2015 endlich die Entscheidung bekommen, wie es mit der Rheintalbahn weitergehe, so **VM Schreiner**. Insgesamt sei man zuversichtlich, dass der Bundestag entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stelle und man somit in die Planungsphase eintreten könne. Künftig werde es vor Ort keine Cluster und Projektausschüsse mehr geben, sondern Arbeitsgruppen auf Planfeststellungsebene, die die Planungen weiterverfolgen würden. Dennoch werde es immer wieder Themen über die örtliche Ebene hinaus geben, die für alle, die von den Rheintalbahnplanungen betroffen seien, von Belang seien. Ein Beispiel hierfür sei das von der Bürgerinitiative vorgetragene Thema „Gleis-

schleifarbeiten mit nachfolgender erhöhter Lärmbelastigung“. Sie befürworte, Gutachten zu übergeordneten bahnplanerischen bzw. -technischen Themen vom Regionalverband in Auftrag geben zu lassen und nicht auf den einzelnen Ebenen Geld zu sammeln. Bei dem Thema „Schienenbonus“ habe man dies bereits erfolgreich praktiziert. Der Verbandsdirektor und seine Mitarbeiter sollten einen Vorschlag unterbreiten, von welchen übergeordneten Themen die Bahnplanungen in nächster Zeit begleitet oder betroffen sein könnten. Sofern ein entsprechendes Gutachten anstehe, könne die Bezahlung aus der Rücklage erfolgen, nachdem die grundsätzliche Entscheidung im Gremium gefallen sei, ob es die Aufgabe des Regionalverbandes sei, die aufgeworfenen Fragestellungen abzuklären bzw. mit Gutachten begleiten zu lassen. Vielerorts würden derzeit Aufrufe der Bürgerinitiativen an die Kommunen erfolgen, grundsätzliche bahnplanerische Themen aufzurufen. Eine Abklärung sei ihres Erachtens jedoch nicht Aufgabe der örtlichen Ebene. Vielmehr sollten solche Themen immer auf die Ebene gehoben werden, wo auch die grundsätzliche Bedeutung liege. Sie würde sich freuen, wenn dieser Vorgehensweise hier zugestimmt werden könnte.

Der Haushalt sei unkompliziert und in seiner Struktur, wie man es gewohnt sei, so **Fraktionsvorsitzender Sandfort**. Im Vergleich zu vorangegangenen Jahren sei der Drittmittelbezug deutlich geringer, da 2016 die Hauptaufgabe in der Gesamtfortschreibung des Regionalplans liege. Dies werde auch, wie bereits betont, die Arbeitskapazität der Verbandsmitglieder maßgeblich betreffen. Man werde sich mit dieser Aufgabe schwerpunktmäßig beschäftigen. In der Vergangenheit sei jahrelang auf Drittmittelförderungen zurückgegriffen worden. Hierbei müsse jedoch vorsichtig agiert werden. Solche Mittel dürften nicht beliebig eingesetzt werden. Wenn er es richtig verstehe, stelle die Rücklage die stille Reserve des Regionalverbandes dar. Ausweislich der Verwaltungsvorlage werde man 2015 insgesamt 25.000 € weniger als geplant aus der Rücklage entnehmen, sodass man für den übergeordneten Vorschlag von Frau Schreiner einen finanziellen Spielraum habe. Man könne sich darauf verständigen, regionalbedeutsame Themen des Schienenverkehrs gemeinsam und übergreifend zu betrachten. Beim Thema „Schienenlärm“ habe der Regionalverband eine gewisse Vorreiterrolle für die Region übernommen und mit dem Gutachter Kohnen einige Hinweise geben können, die für die gesamte Region wichtig und zielführend gewesen seien. Nicht zuletzt der Schienenbonus habe dadurch gekippt werden können. Diese Initiativen seien wichtig gewesen. Wenn solche übergreifenden Themen anstünden sei die SPD-Fraktion gerne bereit, diese zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Doll bekundet ebenfalls die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2016. Wenn man die Sachausgaben mit 228.000 € im Jahr 2016 mit früheren Jahren vergleiche, könne man feststellen, dass diese sinken. Insofern wirtschaftete die Verwaltung sehr sparsam, was auch das Rechnungsergebnis 2015 zeige. Planmäßig verfüge man noch über eine Rücklage von 179.000 €. Nach jetziger Planung müsse man nur 6.000 € entnehmen, um das von Frau Schreiner angesprochene Gutachten finanzieren zu können. Sofern regionalbedeutsame Projekte anstehen – und dies sei der Schienenverkehr selbstverständlich – könne ein notwendiges Gutachten aus Mitteln des Regionalverbandes bestritten werden, ohne hier nochmals den Haushaltsplan überarbeiten zu müssen. Im Gremium müssten solche Ausgaben sowieso beschlossen werden, insofern habe man dann auch einen Einblick in die Mittelverwendung. Dem Haushaltsplan stimme seine Fraktion zu. Man freue sich, dass der Umlagehebesatz auch 2016 gleich bleibe. Er hoffe, dass man nicht so viele Haushaltsmittel für Gutachten ausbebe, dass der Hebesatz 2017 erhöht werden müsse.

Er könne sich im Wesentlichen seinen Vorrednern anschließen, so **Fraktionsvorsitzender Friebis**. Wie immer habe man eine sehr solide Haushaltsführung der Verbandsverwaltung, sei dies gewohnt und erwarte selbiges auch in der Zukunft. Man könne wie jedes Jahr ein großes Lob verteilen. Gutachten für regionalbedeutsame Projekte würden seines Erachtens

nicht am Geld scheitern. Deren Vergabe könnte in bewährter Weise im Ältestenrat vorab diskutiert werden. In der Rücklage gebe es genügend Spielraum, um solche Gutachten zu finanzieren. Natürlich müsse man immer sehen, dass der Nutzen für die ganze Region oder große Teile bestehe. Beim Thema „Drittmittel“ gehe er davon aus, dass man – sobald der Regionalplan als Hauptaufgabe fortgeschrieben sei und damit auch wieder Personalkapazitäten frei werden – künftig wieder höhere Beträge einwerben werde. Dies wolle man auch im Gremium entsprechend diskutieren. Der Regionalverband sollte sich wie in den vergangenen Jahren auch regionalpolitisch in der Regionalentwicklung engagieren und versuchen, mit weiteren Partnern bestimmte Projekte für das regionale Wohl voranzutreiben. Solche Projekte würden den Haushalt zwar „aufweiten“, dies stelle jedoch kein Problem dar, wenn die Gelder von außen kämen. Man habe hier in den letzten Jahren gute Projekte auf den Weg gebracht, hier wolle er nur an das ganze Klimaschutz- und Energiethema erinnern. Solche Projekte sollte man weiter betreiben, sobald man wieder über entsprechende personelle Kapazitäten verfüge.

Die FDP-Fraktion schließe sich den Vorrednern ebenfalls an, so **Fraktionsvorsitzender Baas**. Dem Beschlussvorschlag der Verbandsverwaltung werde man zustimmen. Den Vorschlag von Frau Schreiner halte man für sehr gut und werde diesen ebenfalls unterstützen.

Verbandsvorsitzender Neideck bedankt sich für das Lob an die Verbandsverwaltung für den Haushaltsplanentwurf 2016. Den Vorschlag von Frau Schreiner werde man aufnehmen und mit großer Wahrscheinlichkeit in der Sitzung im April 2016 eine Vorlage zu möglichen überregionalen Themen im Rahmen der jetzt anstehenden Rheintalbahn- Planfeststellungsverfahren einbringen. Zunächst müsse jedoch die Arbeit in den Arbeitskreisen aufgenommen werden. Dann werde man sehen, was auf Kreisebene abgearbeitet werden könne bzw. wo sich überregionale Themen für eine Behandlung seitens des Regionalverbandes anböten. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse werde man eine entsprechende Sitzungsvorlage vorbereiten. Bei der Finanzierung könne man dann entscheiden, ob man hierfür Gelder aus der Rücklage entnehme.

Beschluss der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt den von der Verbandsverwaltung erläuterten Haushaltsplan 2016 zur Kenntnis und beschließt die Haushaltssatzung (Seite 3 des Haushaltsplanentwurfs) und die Haushaltsansätze der Einzelpläne (Seite 26 bis 33 des Haushaltsplanentwurfs) sowie den Stellenplan (Seite 34 bis 35 des Haushaltsplanentwurfs).

(einstimmiger Beschluss)

TOP 8

Aus- und Neubau Rheintalbahn

hier: Umsetzung der Beschlüsse des Projektbeirats

Wortmeldungen: **Verbandsvorsitzender Neideck**, **Fraktionsvorsitzender Mungenast**, **Fraktionsvorsitzender Sandfort**, **Fraktionsvorsitzender Doll**, **Fraktionsvorsitzender Friebis**, **Fraktionsvorsitzender Baas**, **VM Metz**

Den Vorschlag, den man hier als Regionalverband mit der Bündelung des Baus der Güterverkehrsstrasse mit dem notwendigen 6-streifigen Ausbau der BAB A5 beim Regierungspräsidium als Planfeststellungsbehörde mache, so **Verbandsvorsitzender Neideck**, halte er für

wichtig. Er halte es auch für richtig, dass – wie beim Autobahnbau – die übergeordnete regionale Behörde, sprich auch das Regierungspräsidium, Planfeststellungsbehörde werde. Insbesondere in dieser Raumschaft werde es eine Verknüpfung zwischen den beiden Projekten geben. Vor dem Hintergrund vielfältiger Erfahrungen mit dem Eisenbahn-Bundesamt sei es vorteilhaft, wenn Entscheidungen näher in die Raumschaft getroffen werden könnten, wo Orts- und Regionskenntnisse sowie die Fähigkeit da sei, in den Diskussionen und Dialogveranstaltungen vor Ort Rede und Antwort zu stehen. Mit einem koordinierten Bündelungsverfahren könne man erhebliche Kosten einsparen. Der Landtagsanfrage der CDU-Fraktion bzw. der darauf erfolgten Antwort der Landesregierung könne entnommen werden, dass man hier kein „einfaches Brett bohre“. Er dürfe jedoch daran erinnern, dass man beim Thema „Schienenbonus“ eine ähnliche Ausgangslage gehabt habe. Konsequenterweise müsse man bei dem Gesamtthemenfeld hinterfragen, ob man für solche Verfahren generell in Deutschland das Eisenbahn-Bundesamt benötige. Vielleicht sei diese Behörde noch ein Relikt aus einer Zeit, als die Bahn eine staatliche Behörde im klassischen Sinne gewesen sei. Außerdem wolle man nochmals die alte Forderung der Region zur Aufnahme des 6-spurigen Ausbaus der BAB A5 zwischen Offenburg und Freiburg in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufleben lassen.

Man habe in der Sitzungsvorlage dem Grunde nach drei Themenkomplexe, die man durchaus unterschiedlich sehen könne, so **Fraktionsvorsitzender Mungenast**. Das Thema „6-spuriger Ausbau der BAB A5“ beschäftige den Regionalverband schon seit über 20 Jahren. Er halte es – auch als Voraussetzung für alle weiteren Schritte – für wichtig, die Forderung zu bekräftigen, diese Straßenbaumaßnahme als vordringlichen Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Erst dann habe man die Voraussetzungen, damit Planungsmittel fließen und überhaupt gebaut werde. Ein zweites Thema sei, die Güterverkehrsstraße an die Autobahn zu legen. Hierzu liege ein deutlicher Mehrheitsbeschluss dieses Gremiums vor. Mit diesem Beschluss habe man seinerzeit Forderungen nach Tiefanlagen verknüpft, die ganz eng mit dem Verlauf der Autobahn verbunden seien. Dabei habe vielen Kollegen vorgeschwebt, dass diese Tiefanlagen insbesondere im Bereich der Autobahnausfahrten notwendig seien. Wenn man sich die Straßenführung und die technischen Möglichkeiten hinsichtlich Autobahnausfahrten und Kreisverkehre anschau, sei es zwingend erforderlich, gemeinsam zu planen. Er könne sich nicht vorstellen, dass in einem konkreten Kreuzungsbereich Einwendungen vom Regierungspräsidium in der Planfeststellungsentscheidung und andererseits vom Eisenbahn-Bundesamt behandelt werden müssten. Deshalb sei die Forderung nach einer einheitlichen Planfeststellung der beiden Projekte wichtig. Bei der dritten Forderung, wonach das Eisenbahn-Bundesamt einmal nicht mehr für solche Maßnahmen zuständig sein solle, „bohre man in der Tat dicke Bretter“. Diese Forderung könne man erheben. Er persönlich werde hier auch – anders als Teile seiner Fraktion – zustimmen. Wahrscheinlich gehe es hier aber wie bei der Forderung nach der Abschaffung des Schienenbonus. Als man ihn gefordert habe sei man sehr euphorisch gewesen. Nach der tatsächlichen Abschaffung sei jedoch bereits der eine oder andere Planfeststellungsbeschluss in der Region auf bestehender Rechtsgrundlage getroffen worden, so dass man dort nicht mehr davon habe profitieren können. Die Forderung sei jedoch sinnvoll. Man werde den einzelnen Punkten mit unterschiedlicher Mehrheit zustimmen. Es sei wichtig, dass die Verwaltung dieses Thema aufgegriffen habe.

Es sei durchaus sinnvoll, so **Fraktionsvorsitzender Sandfort**, wenn der Ausbau des 3. und 4. Gleises der Rheintalbahn und der Ausbau des 6-streifigen Ausbaus der BAB A5 in einer Hand geplant werden würde. Man brauche nicht Straßen- oder Eisenbahnverkehrswesen studiert zu haben, damit einleuchte, dass eine entsprechende gemeinsame Planung Synergie-Effekte erzeuge. Sicherlich könnte auch beim Lärmschutz menschenverträglicher, wirksamer und kostengünstiger geplant und gebaut werden. Dass die Umsetzung schwierig werde, könne man aus der Antwort der Landesregierung auf die Landtagsanfrage aus der

CDU-Fraktion ersehen. Es sei ein großes Unterfangen, ein solches Verfahren zusammenzulegen – auch weil es wahrscheinlich zeitlich schwer zusammenzufassen sei. Dennoch halte er diese Forderung aus der Region für politisch sinnvoll. Auch die Forderung nach einer für beide Projekte zuständigen einheitlichen Planfeststellungsbehörde mache Sinn. Diese Planfeststellungsbehörde müsse aus Sicht der SPD-Fraktion das Regierungspräsidium Freiburg sein, weil dort auch die gebündelte Kompetenz vorliege. Außerdem sei das Regierungspräsidium auch im Verfahren neutral. In früheren Jahrzehnten sei es vielleicht durchaus sinnvoll gewesen, dass das Eisenbahn-Bundesamt diese Rolle gespielt habe. Zwischenzeitlich liege jedoch eine andere Struktur vor. Man habe das Unternehmen Bahn, ein öffentliches Interesse und das Bürgerinteresse. Wenn man alle diese Interessen abwägen wolle, könne dies nicht von einer Behörde vorgenommen werden, die letztendlich „bahnerisch“ denke. In einem solchen Falle würde es sich fast um Lobbyismus handeln, der letztendlich einer neutralen, transparenten Abwägung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens entgegenstehe. Insofern unterstütze die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag der Ziffer 1.3. Man sollte hier einen „politischen Stein“ ins Wasser werfen und – ähnlich wie bei der Forderung nach Abschaffung des Schienenbonus – schauen, wie dieser Wellen schlage. Es sei sinnvoll und notwendig, diese Diskussion anzustoßen. Da man in dieser Region bereits bislang eine gewisse Vorreiterrolle beim Bahnausbau übernommen habe, sollte dies auch bei diesem Vorhaben gelten. Deshalb könne die SPD-Fraktion in allen Punkten zustimmen.

Er habe sich richtig gefreut, so **Fraktionsvorsitzender Doll**, als dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, weil der Regionalverband hier politisch wahrgenommen werde. Aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.2.2015 habe es die Landtagsanfrage der CDU-Fraktion und deren Beantwortung gegeben. Mit dem Beschluss in Ziff. 1.3 werde die Forderung nach einer Gesetzesänderung erhoben. Dies sei gut. Man müsse nicht davon ausgehen, dass die Stimme aus der Region nicht gehört werde. Er wolle sogar mehr als nur „einen Stein ins Wasser werfen“ und die Politik bedrängen, auf die Argumentation der Region einzugehen. Dass dies gehe, habe man beim Ausbau der A8 und der Eisenbahnstrecke zwischen Stuttgart und Ulm bewiesen, wo man alles in eine Hand genommen und einen gemeinsamen Planfeststellungsbeschluss für beide Maßnahmen herbeigeführt habe. Man habe dort aufgrund der Topographie schwierigste Voraussetzungen gehabt. Auch hier in der Rheintalebene sei die Konstellation – allerdings infolge der Bebauungsdichte und der Querung weiterer Straßen – schwierig. Bei den meisten Verbandsmitgliedern sei seines Erachtens auch die Forderung nach einem 6-spurigen Ausbau der Autobahn bis südlich Freiburg unstrittig. Bei der Bahn müsse bald gebaut werden. Insofern sei der Vorschlag einer gemeinsamen Planung sehr gut. Die Fraktion der Freien Wähler werde den Beschlussvorschlag vollinhaltlich mittragen.

Heute gehe es um die Kombination des Schienenausbaus Rheintalbahnhof mit dem 6-spurigen Ausbau der BAB A5, so **Fraktionsvorsitzender Friebis**. Hier gelte es einige grundsätzliche Dinge aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu sagen. Man habe bereits bislang mit großer Mehrheit in der Fraktion einen 6-spurigen Ausbau der BAB A5 abgelehnt, und werde dies auch zukünftig tun. Vielmehr trete man für eine bestmögliche Verlagerung sowohl des Güterverkehrs als auch des Autoverkehrs auf Schiene und ÖPNV ein. Gerade deshalb wolle man den milliardenschweren Ausbau der Rheintalbahnhof und baue in der gesamten Region für viel Geld den ÖPNV aus. Ein Beispiel hierfür sei im Süden der Region die Breisgau S-Bahn 2020. Überall schaue man, den Leuten den Umstieg auf den ÖPNV, der viel umweltfreundlicher sei, zu ermöglichen. Auch im Hinblick auf die Klimaverhandlungen in Paris müsse man sagen, dass in Deutschland der Verkehrsbereich immer noch einer der Hauptverursacher des Klimagases CO₂ sei. Hier habe man noch keine Reduzierung geschafft. Ganz im Gegenteil würden die Ausstöße von PKW und LKW zunehmen. Wenn man die Infrastruktur für den Straßenverkehr weiter ausbaue, sei dies eher kontraproduktiv. Alleine schon aus finanzieller Sicht könne man sich den Ausbau der Schiene und einen groß-

zügigen Ausbau der Straße nicht leisten. Die vorhandenen Gelder würden kaum ausreichen, um den Bestand des Straßennetzes zu erhalten. Deshalb könne ein Neubau der viel Geld koste, nur dort stattfinden, wo dies unumgänglich sei. Dies treffe für den 6-spurigen Ausbau der BAB A5 zwischen Offenburg und Freiburg nach Auffassung seiner Fraktion nicht zu. Eigentlich sehe die auch der geltende Bundesverkehrswegeplan so, der allenfalls den Abschnitt zwischen Freiburg und Teningen als vordringlichen Bedarf sehe. Alle weiteren sieben Abschnitte seien lediglich im weiteren Bedarf vorgesehen. Im Umkehrschluss werde die verkehrliche Bedeutung als relativ gering angesehen. Auch wenn man die neue Priorisierung des Landes für den neuen Bundesverkehrswegeplan in der Kategorie Bundesautobahn ansehe, habe es der 6-spurige Ausbau der BAB A5 nicht auf die vorderen Plätze geschafft. Unter 43 Projekten sei der Abschnitt Teningen – Freiburg erst auf Platz 18 zu finden, die übrigen sieben Abschnitte auf den Plätzen zwischen 25 und 39. Angesichts der bislang und wohl auch künftig zur Verfügung stehenden Bundesmittel bedeute dies „Null Aussicht auf Finanzierung“. Deshalb führe man hier eher eine Phantomdiskussion. Der 6-spurige Ausbau sei nicht zwingend notwendig. Die Probleme würden überwiegend zu Peak-Zeiten, Unfällen und bei den vielen Baustellen entstehen. Für Unfälle und Staus seien unterschiedliche, vor allem teilweise sehr hohe Geschwindigkeiten verantwortlich. Trotzdem gebe es auf der gesamten Strecke kein Tempolimit. Die erste Maßnahme, um den Problemen entgegenzuwirken müsse sein, auf der gesamten Strecke ein Tempolimit von 120 einzuführen. Bevor dies nicht gemacht werde, schließe sich für seine Fraktion ein Ausbau von vorneherein aus. Weitere Dinge würden allgemeine verkehrs- und wirtschaftspolitische Probleme, wie beispielsweise die Lagerhaltung der Industrie auf der Straße, betreffen. Dies führe zu einem unnötigen LKW-Verkehrsaufkommen. Auch bei der Ausfahrt zum Europapark gebe es immer wieder Staus und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. Eine Entzerrung wäre hier sicherlich möglich, wenn man eine ernsthafte Verbesserung des ÖPNV-Anschlusses vornehmen würde. Wenn sich die politischen Mehrheiten und das notwendige Geld für einen gleichzeitigen Ausbau von Bundesautobahn und Rheintalbahn fänden, mache es natürlich Sinn, dies in einem gemeinsamen Planungsverfahren zu machen. Natürlich gäbe dies Synergie-Effekte und würde auch zu einer besseren Abstimmung führen. Da man den 6-spurigen Ausbau jedoch nicht für zwingend erforderlich halte, könne man den entsprechenden Beschlussanträgen nicht zustimmen. Man werde deshalb mit großer Mehrheit gegen die Beschlussvorschläge zu Ziff.1.1, 1.2 und 1.4 stimmen. Dem Beschlussvorschlag Ziff. 1.3 könne man zustimmen, da es natürlich viel besser sei, wenn eine regionale Behörde, die wisse was vor Ort laufe, so ein Verfahren durchziehe als ein Eisenbahn-Bundesamt, das weit weg und vornehmlich die Kostenfrage und rein technische Parameter im Auge habe. Bei der Ziff. 1.5 werde man sich der Stimme enthalten.

Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag in allen Punkten zustimmen, so **Fraktionsvorsitzender Baas**. Eine gemeinsame Planung beim Ausbau der Rheintalbahn und der Autobahn sei zwingend notwendig. Es gebe sehr viel Einsparpotential. Auch aufgrund der Schadstoffausstöße und der Umweltprobleme biete sich eine solche Lösung an. Er gehe davon aus, dass bis zum Bau des 3. und 4. Bahngleises an die Autobahn vieles durch neue technische Lösungen erreicht werden und man die Umweltprobleme dann auch in den Griff bekommen könne.

Man habe hier ein großes Gremium mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Meinungen zu den einzelnen Beschlussvorschlägen, so **VM Metz**. So gebe es auch einige Kollegen, die eine andere Bahntrassenvariante befürworten würden. Natürlich sei man auch für einen 6-spurigen Ausbau der A5, eine möglichst großräumige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und eine bestmögliche Nutzung von Synergieeffekten. Trotzdem könne er dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 1.1 nicht zustimmen, da dieser mit einer anderen Trassenvariante einherginge, die er nicht mittragen könne. Auch bei der Ziffer 1.3 des Beschlussvorschlags sehe man die Dinge teilweise ein wenig kritischer. Er sei froh,

dass man ein Regierungspräsidium habe, das sich auch als Anwalt der Region verstehe. Diese Position bringe ein Präsidium jedoch möglicherweise Probleme, wenn es gleichzeitig plane und die rechtlichen Grundlagen für eine Maßnahme schaffe. Ihm sei es deshalb lieber, wenn das Regierungspräsidium die Funktion der Stimme der Region behalte und Planungsentscheidungen anderen Stellen überlasse. Möglicherweise sei dieser Beschlussvorschlag auch von dem Wissen geprägt, wie gut das Regierungspräsidium Freiburg arbeite. Er wisse jedoch nicht, ob man diesen Beschluss, wonach die Regierungspräsidien statt dem Eisenbahn-Bundesamt für Planfeststellungsbeschlüsse in Bahnverfahren zuständig sein sollen deutschlandweit umgesetzt sehen wolle. Möglicherweise würden lokal geprägte Vorstellungen andernorts einfließen, die man unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten so nicht mittragen wolle. Deshalb sei es vielleicht auch ganz gut, wenn es eine Institution gebe, die mit bundesweitem Blickwinkel auf Maßnahmen schaue, die in den Regionen umgesetzt werden müssten. Zu den differenzierten Fragestellungen habe auch Minister Hermann Stellung bezogen und auf die unterschiedlichen Planungs- bzw. Rechtsverfahren hingewiesen. Eine unterschiedliche Zuständigkeit im Rechtsverfahren setze nicht automatisch voraus, dass man parallel nebeneinander her plane. In den Planungsschritten – auch dies werde deutlich in dem Schreiben des Verkehrsministers – sollten die Planungen aufeinander abgestimmt werden können. Hierzu seien Verwaltungen in Deutschland auch in der Lage.

Beschluss der Verbandsversammlung:

1.1 Die Region Südlicher Oberrhein bekräftigt die Forderung, beim Bau der Güterverkehrsstrasse zwischen Offenburg und Riegel gleichzeitig auch den notwendigen 6-streifigen Ausbau der BAB A 5 in Angriff zu nehmen, damit der Lärmschutz auch entlang der BAB optimiert und der Verkehrsfluss deutlich verbessert sowie ein Anstieg der derzeitigen Gesamtverkehrslärmbelastung ausgeschlossen wird.

(50 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

1.2 Die Region Südlicher Oberrhein bekräftigt die Forderung, den 6-streifigen Ausbau der BAB A 5 zwischen Offenburg-Süd und Bad Krozingen als wichtigen Teil des „Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN)“ in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen.

(54 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

1.3 Die Region Südlicher Oberrhein fordert den gesetzlichen Wegfall der Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes als Planfeststellungsbehörde für den Neu- und Ausbau von Eisenbahnanlagen.

(55 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

1.4 Für den Fall, dass die in Ziff. 1.3 geforderte Gesetzesänderung nicht zeitnah umgesetzt wird, fordert die Region Südlicher Oberrhein, dass das Regierungspräsidium Freiburg als Planfeststellungsbehörde sowohl für den Aus- und Neubau der Rheintalbahn als auch für den 6-streifigen Ausbau der BAB A 5 wegen des engen Zusammenhangs beider Infrastrukturmaßnahmen bestimmt wird.

(49 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

1.5 Die Voten zu Ziff. 1.1 bis 1.4 richten sich sowohl an die Bundesregierung als auch an die Landesregierung. Alle Mitglieder des Bundestags und des Landtags aus der Region Südlicher Oberrhein werden gebeten, diese Voten mit Nachdruck zu unterstützen.

(51 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 14 Enthaltungen)

TOP 9**Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens im Rahmen der Umsetzung des neuen kommunalen Haushaltsrechts**

hier: Ablösung Kameralistik durch Einführung Doppik

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck

Die Mitglieder der Verbandsversammlung sehen von einer Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ab.

Beschluss der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung beschließt:

1. den Umstieg von der kameralen Buchführung auf die doppische Buchführung frühestens zum 01.01.2017.
2. die Einführung eines nach der örtlichen Organisation produktorientierten Haushalts mit zwei Teilhaushalten und drei Produktbereichen

Teilhaushalt 1 Verwaltung und Planung		Teilhaushalt 2 Finanzwirtschaft	
Produktbereich/ Produktgruppe	Bezeichnung	Produktbereich/ Produktgruppe	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
1110	Steuerung		
1111	Organisation und Dokumentation kommunale Willensbildung	6110	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
1112	Steuerungsunterstützung/ Controlling	6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
51	Räumliche Planung und Entwicklung	6130	Abwicklung Vorjahre
5110	Regionalplanung Regionalentwicklung		

3. auf eine separate Kosten- und Leistungsrechnung zu verzichten.

(einstimmiger Beschluss)

TOP 5**Verein „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“**

hier: Energieeffizienzprojekte der Klimapartner Oberrhein:

Mehrwert für Kommunen und Mittelstand

Referent: Vorstandsvorsitzender der badenova AG & Co. KG
und Erster Vorsitzender des Vereins „Strategische Partner
– Klimaschutz am Oberrhein e.V.“ Dr. Thorsten Radensleben

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Dr. Thorsten Radensleben

Verbandsvorsitzender Neideck begrüßt den Referenten Herrn Dr. Thorsten Radensleben. Man habe bereits Gelegenheit gehabt, einige Ausführungen zum erfolgreichen Regio-WIN Projekt von Prof. Dr. Lieber zu hören, das maßgeblich durch den Verein „Klimapartner Oberrhein“ initiiert worden sei. Herr Radensleben werde heute Ausführungen zum Verein und dessen strategischen Mehrwerte für Kommunen machen.

Dr. Radensleben bedankt sich für die Einladung, die jahrelange Unterstützung des Vereins durch den Regionalverband und die aktive Mitarbeit, insbesondere des Verbandsvorsitzenden und Verbandsdirektors. Durch die Installation dieses Vereines sei etwas ganz Besonderes gelungen, was auch einen erheblichen Mehrwert für die Region habe. Es folgt eine PowerPoint Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Anlage 2

Verbandsvorsitzender Neideck dankt Herrn Dr. Radensleben für dessen Vortrag und den guten Überblick, der zeige, wie viel der Verein „Klimapartner Oberrhein“ in den letzten beiden Jahren bewegt habe und wie erfolgreich er gewesen sei. Insgesamt habe man Fördersummen von knapp 29 Millionen € in die Region geholt. Der Verein habe zwischenzeitlich „Fahrt aufgenommen“ und könne weitere Projekte für die Raumschaft generieren. Es werde einiges für die Mitglieder geleistet und er wolle an dieser Stelle auch nochmals an die Bürgermeister appellieren, Mitglied im Verein zu werden.

Hinweis: Tagesordnungspunkt 11 wird vorgezogen

TOP 11**Anträge und Anfragen****Hinweise zur Fortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein**

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Verbandsdirektor Dr. Karlin

Im Ältestenrat habe man vereinbart, so **Verbandsdirektor Dr. Karlin**, am 28.1.2016 eine nicht-öffentliche Planungsausschusssitzung abzuhalten, um primär und ausschließlich die in drei Ordnern zur Verfügung gestellten Unterlagen zu den Plankapitel 3 bis 3.4 und 4.2 kompakt vorzustellen, zu erläutern und zu beraten. Voraussichtlich spätestens Mitte Januar 2016 stelle man auch sämtliche Unterlagen ins Netz. Bei den digitalen Dokumenten habe man selbstverständlich die Möglichkeit, Suchbegriffe einzugeben, um gegebenenfalls die für die Gemeinden relevanten Gesichtspunkte herauszufiltern. Außerdem habe man sich angesichts der ausgesprochen hohen Resonanz bei der Informationsveranstaltung zum Thema Raumordnungsrecht/ Kommentar zum Landesplanungsrecht Ende September dafür entschieden, eine komprimierte Vorstellung der verschiedenen Plansätze des Offenlage-Entwurfs am 29.01.2016 für kommunale Vertreter anzubieten. Diese Information erfolge für die Planungsausschussmitglieder bereits am 28.01.2016. Damit solle auch der Arbeitsebene

in den Rathäusern eine Arbeitshilfe an die Hand gegeben werden. Die Einladung werde man Anfang Januar versenden.

TOP 10

Verabschiedung des langjährigen Mitarbeiters Dipl.-Ing. Michael Drewitz in den Ruhestand

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck,

Verbandsvorsitzender Neideck hält eine Lob- und Dankesrede an den langjährigen Mitarbeiter Dipl.-Ing. Michel Drewitz anlässlich seiner Zurruhesetzung mit Ablauf des 29.2.2016 und überreicht ihm ein Abschiedsgeschenk.

.....
Otto Neideck
(Verbandsvorsitzender)

.....
(Verbandsmitglied)

.....
(Verbandsmitglied)

.....
(Schriftführerin)



„Regionales Innovationszentrum für Energietechnik“



10. Dezember 2015



17.12.2015



Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation an staatlichen Hochschulen BW



(VwV EFRE FEIH - 2014 - 2020), Stand: 20.04.2015

- An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) Baden-Württembergs wird vorwiegend anwendungsorientierte Forschung betrieben, verstanden als Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in die Praxis und umgekehrt frühzeitige Einbeziehung der Fragestellungen und Bedarfe der Wirtschaft in die Definition wissenschaftlicher Fragestellungen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für innovative Lehre und für Wissens- und Technologietransfer.
- Um HAW in die Lage zu versetzen, sich noch besser als regionale Innovationsmotoren zu positionieren, sollen regionale Innovationszentren aufgebaut werden. Dabei handelt es sich um gezielt im ländlichen Raum vorgesehene Forschungsbauten, in denen möglichst mehrere HAW ihr personelles und technisches Forschungs- und Entwicklungspotential bündeln, um besser mit regionalen Unternehmen (insbesondere KMU) und gegebenenfalls weiteren Partnern zusammenarbeiten zu können.



Clemens Leicht von der Bauherrin „Vermögen und Bau“ sowie Liza Heilmeyer und Stephan Schäfer (von links) vom Stuttgarter Architekturbüro Birk, Heilmeyer und Frenzel mit dem Modell des Neubaus. Zur Orientierung: Die drei stehen quasi in der Badstraße und sind vom Südring aus über das Gebäude hinweg fotografiert. FOTO: R. BURGMAIER

Offenburg bekommt ein RIZ

Gestaltungsbeirat segnet die Pläne der Hochschule für eine Regionales Innovationszentrum ab

3

Ergebnis Region Südlicher Oberrhein

- Förderzusage für zwei Leuchtturmprojekte
 1. Vernetzte Industrieparks
 2. Regionales Innovationszentrum Energietechnik (RIZ)



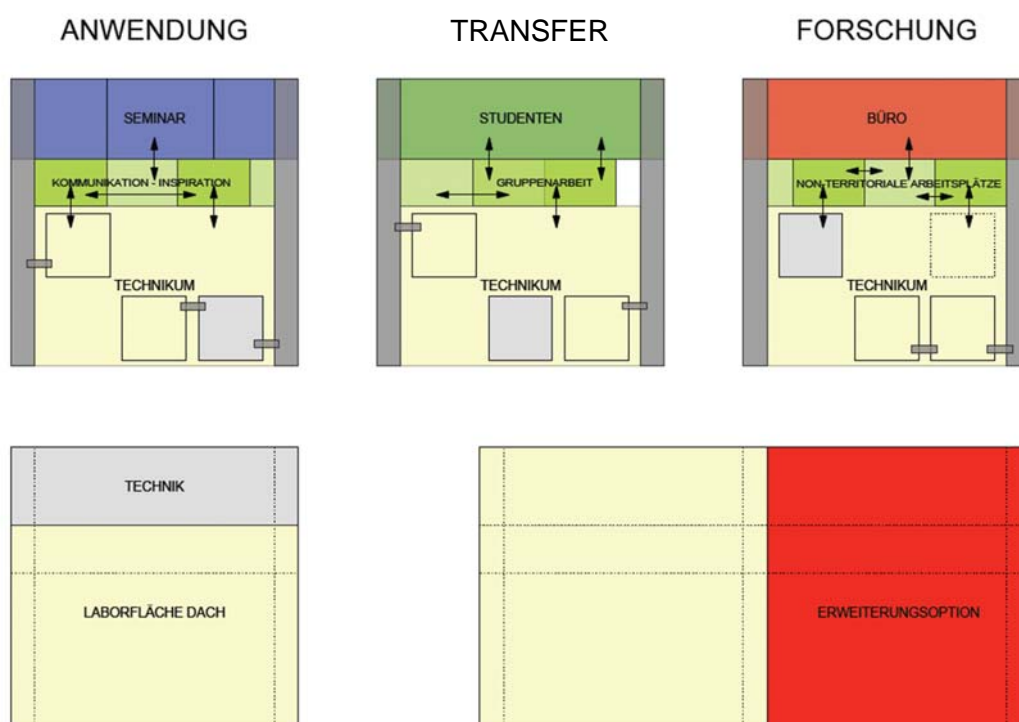
Das *RIZ Energie* ist Partner für **Industrie und Gewerbe** rund um die Produkt- und Systementwicklung ressourceneffizienter Produkte, die industrielle Medienversorgung und die Gebäudetechnik.

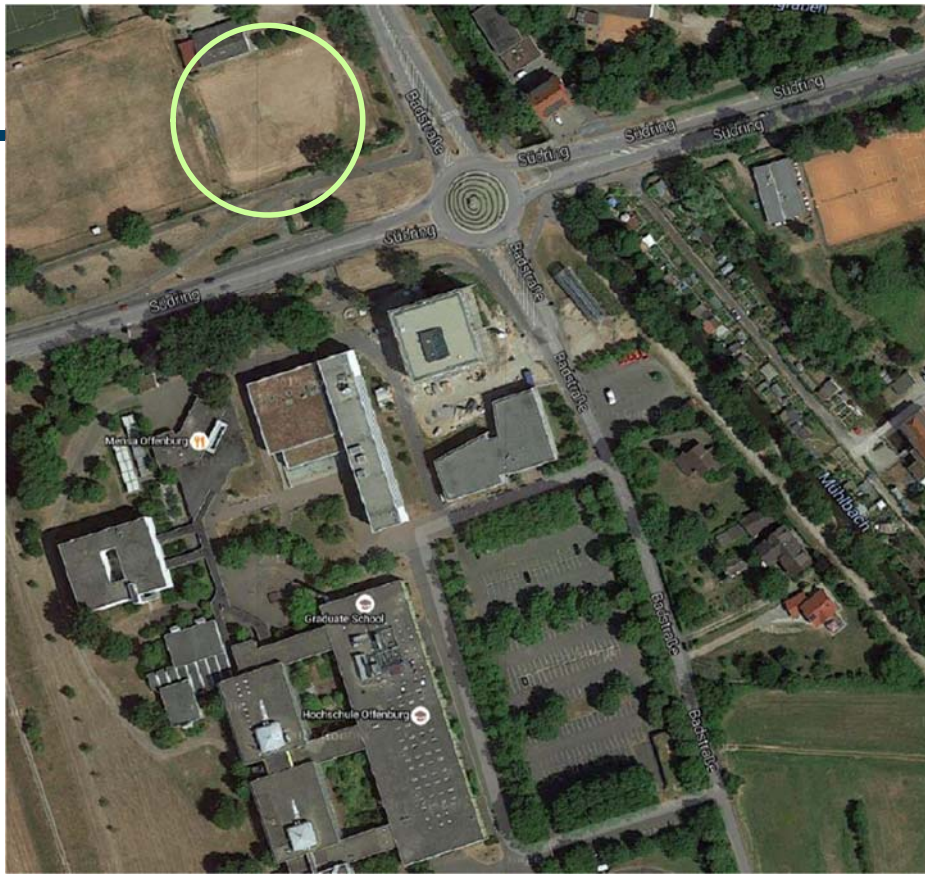
Das *RIZ Energie* bedient dabei das Zukunftsfeld „Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz“ innerhalb der Spezialisierungsfelder des Landes **Baden-Württemberg**.

Das *RIZ Energie* stärkt „Forschung, technologische Entwicklung und Innovation“ durch die „Stärkung der Forschungskapazitäten“ **in der EU**.

Umsetzungskonzept

Arbeitsbereiche in Beziehung setzen

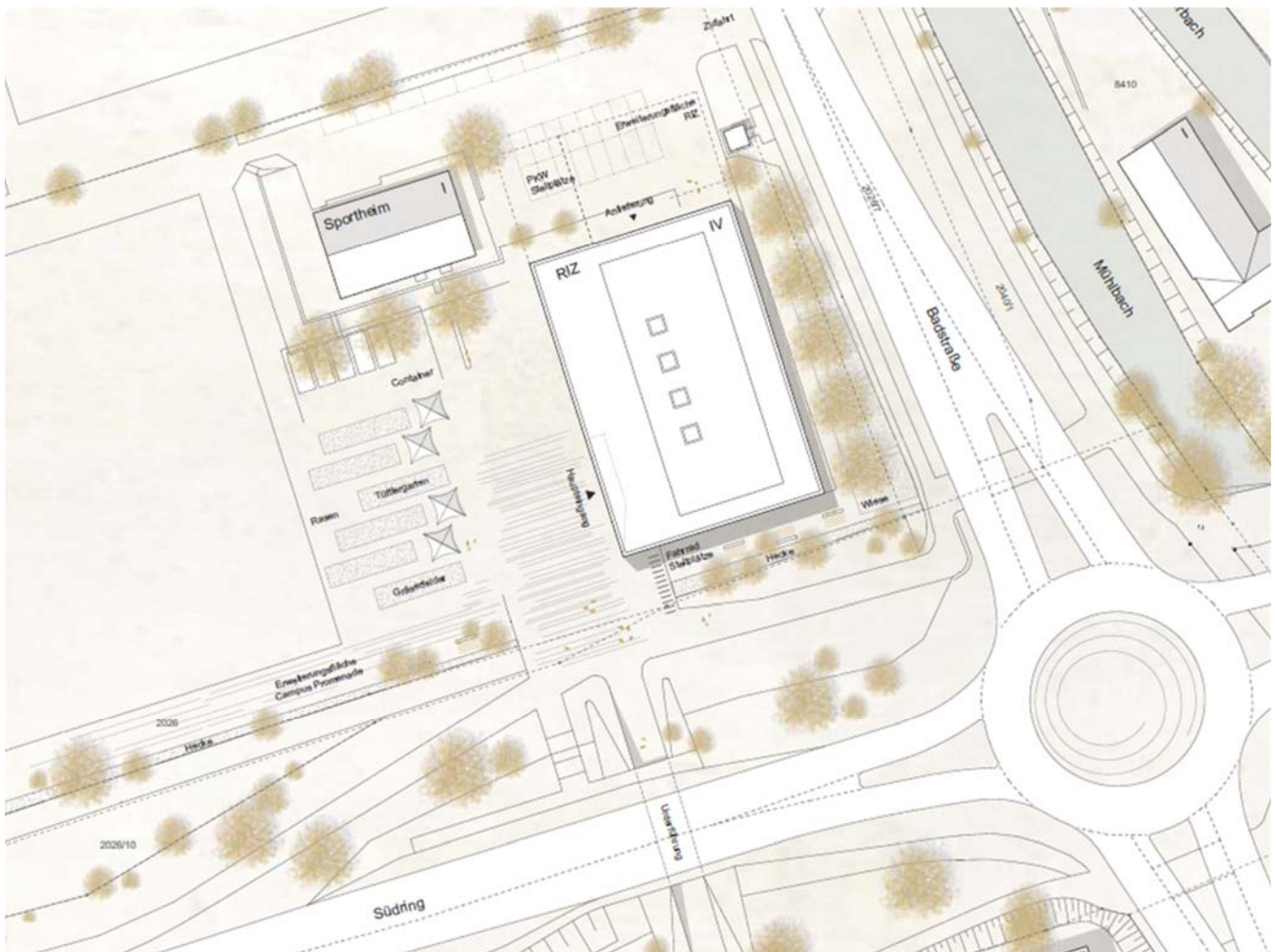




17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

7



Querschnittstechnologie Energie/Umwelt in verschiedenen Bereichen

- Maschinenbau,
- Verfahrenstechnik,
- Mechatronik und
- Energiesystemtechnik.

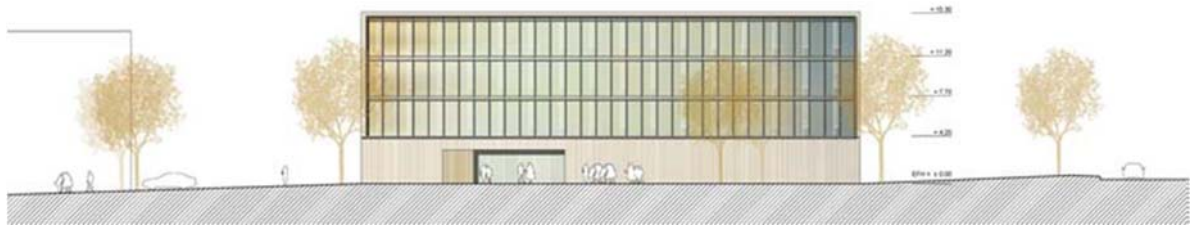
mit Themenschwerpunkten

- Ressourceneffizienz und Entwicklung,
- Gebäudeenergieeffizienz, Physik und Gebäude,
- Managementsystemen, Smart Grid Technology,
- Wärmesysteme, solarthermische Systeme,
- Wasserstoff, Gasanalytik, Biomasse,
- Strömungsmechanik und energieeffiziente Antriebskonzepte
- sowie numerische Simulationsverfahren in diesen Themenfeldern.



RIZ Energie

Planung – Süd- und Westfassade



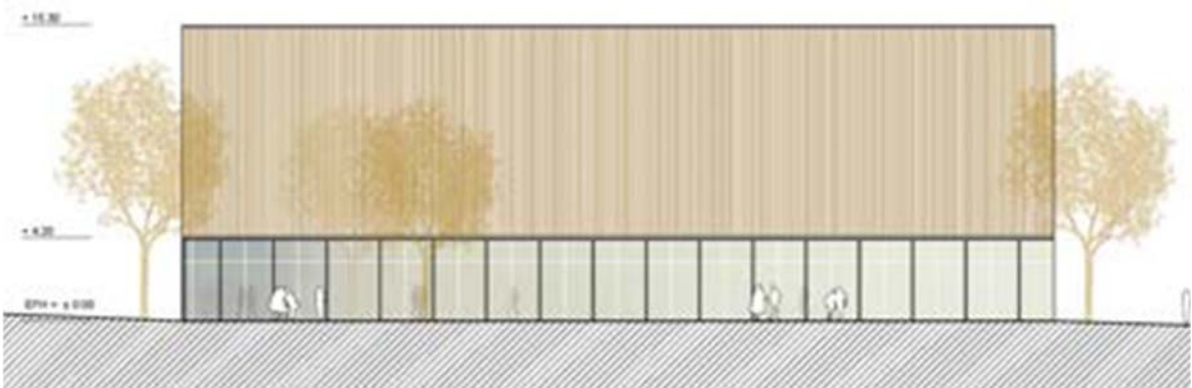
17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

13

RIZ Energie

Planung – Nordfassade



17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

14

Feb. 2015	Feb. 2016	Feb. 2017	Feb. 2018	Feb. 2019
VOF-Verfahren	Baurechtliches Verfahren	Werkplanung	Bauphase	Bauphase
Finanzierung / Raumbedarf (Feb.) Veröffentlichung (Miz.) Auswahl 3 – 5 Büros (19.5.) Entwurfsskizze (Jun.) Auftragserteilung (Jul.) Planungsbesprechung (Sep.)	Vorlage der Bauunterlage (Feb.) Genehmigung der Bauunterlage (Mai)	1. Ausschreibungstext (Feb.)		Übergabe an Nutzer (Feb.)

17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

15

Kosten- und Finanzierungsplan

KG 100	Grundstück	Stadt Offenburg
KG 200	Erschließung	1 Mio. €
KG 300	Bauwerk – Baukonstruktion	4 Mio. €
KG 400	Bauwerk – technische Anlagen	1,5 Mio. €
KG 500	Außenanlagen	0,5 Mio. €
KG 600	Ausstattung (insb. Laborinfrastruktur)	1,5 Mio. €
KG 700	Baunebenkosten (inkl. Planung)	1,5 Mio. €
KG 200-700	Projektsumme	10 Mio. €

Abzgl. Erstausrüstung (KG 600) i.H.v. 1,5 Mio. € stehen für Gebäude (ohne Grundstückskosten) also **8,5 Mio. €** zur Verfügung.

Finanzierung: 50 % EFRE, 20 % MWK und 30 % Stifterkreis und HS Offenburg.

Laufender Betrieb: Projektfinanzierung (siehe Interessensbekundungen)

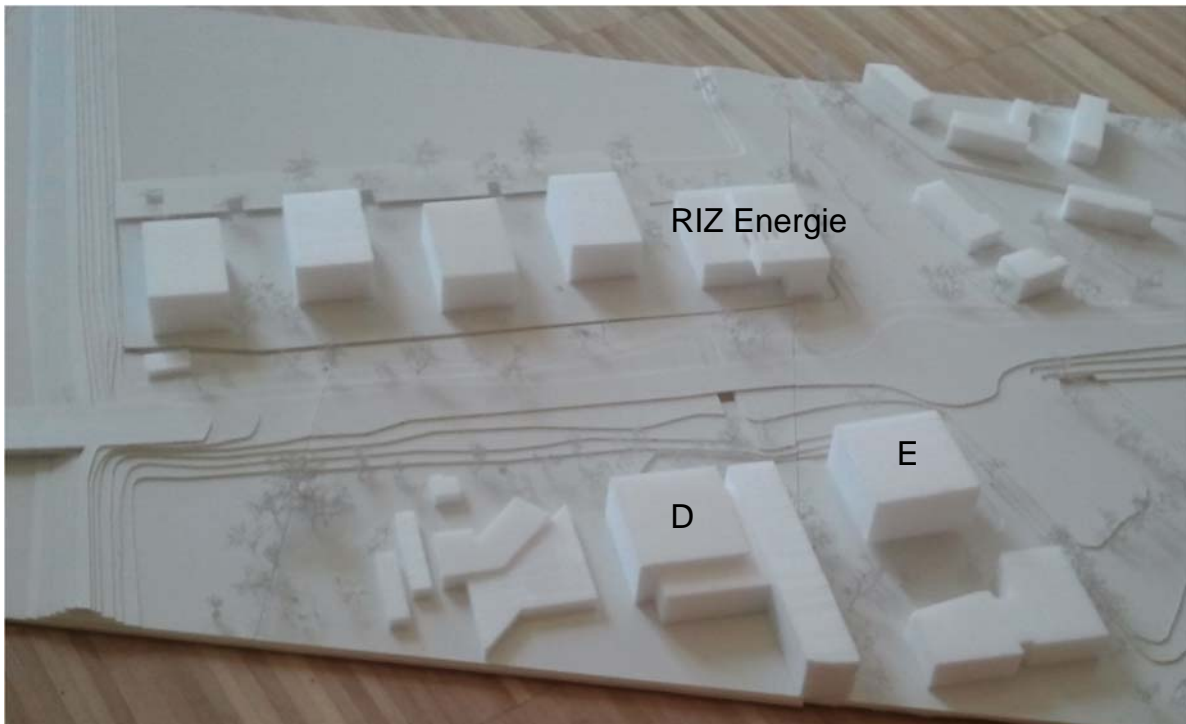
17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

16

RIZ Energie

Ein neues Laborgebäude für die Forschung.



17.12.2015

J. Pfafferott: RIZ Energie

17



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



KLIMA
PARTNER
OBERRHEIN



Verbandsversammlung des RVSO
Offenburg, 10. Dezember 2015



Regionalverband
Südlicher Oberrhein

Energieeffizienzprojekte der Klimapartner Oberrhein: Mehrwert für Kommunen und Mittelstand

gefördert vom:



Dr. Thorsten Radensleben

Erster Vorsitzender Klimapartner Oberrhein

Update zu Daten & Fakten



Mitgliederstruktur:

- 78 ordentliche Mitglieder, davon:
 - 37 Unternehmen (24 KMU, 13 Großunternehmen)
 - 23 Kommunen und öff.-rechtl. Gebietskörperschaften
 - 12 Wirtschafts-, Branchen-, Interessenverbände, Kammern
 - 6 Hochschulen/Forschungseinrichtungen

Eingeworbene Fördermittel:

- Knapp 10 Mio. Euro seit Gründung (entspricht 18,5 Mio Euro Projektvolumen)

Projekte:

- 4 abgeschlossene Projekte
- 6 laufende Projekte

1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte

- Vernetzte Industrieparks

- Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)

2. Klimapartner-Innovationscluster

3. BAFA-Netzwerk für Kommunen

4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

11 Regionen wurden in Phase II des RegioWIN-Wettbewerbs prämiert

- Region Südlicher Oberrhein gehört zu den 11 prämierten Regionen, auf die 88 % der Einwohner Baden-Württembergs entfallen.
- Die drei Regionen Heilbronn-Franken (8 %), Landkreis Ravensburg (3 %) und Landkreis Waldshut (2 %) wurden nicht prämiert.

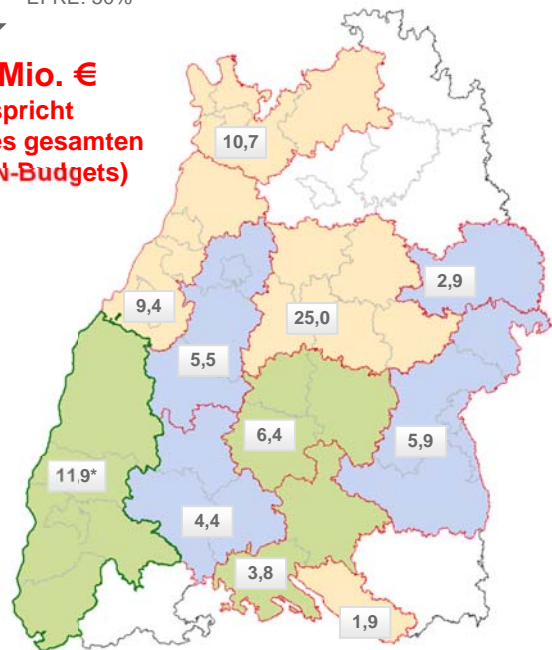
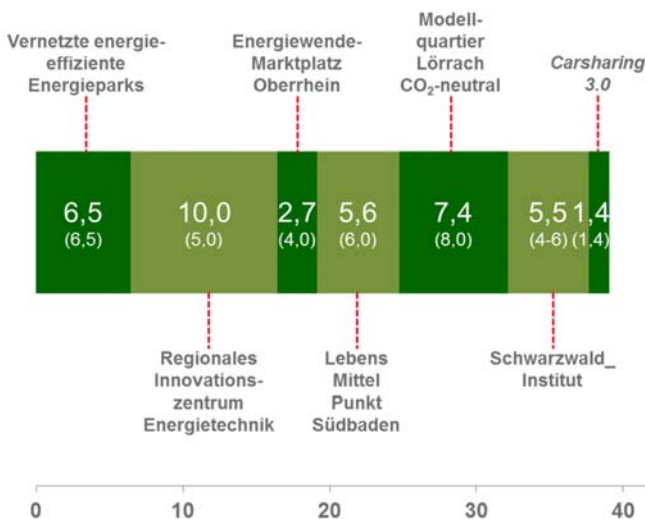
Gesamtes Investitionsvolumen:

39,1 Mio. €



Förderanteil EFRE: 50%

19,6 Mio. €
(entspricht ca. 29% des gesamten RegioWIN-Budgets)



*Dargestellt ist der Bevölkerungsanteil der Wettbewerbsregion an der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs 2011.

EFRE-Antrag für die Region



5

Energieeffizienz-Projekte der KPO



1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte

- Vernetzte Industrieparks

- Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)

2. Klimapartner-Innovationscluster

3. BAFA-Netzwerk für Kommunen

4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

6

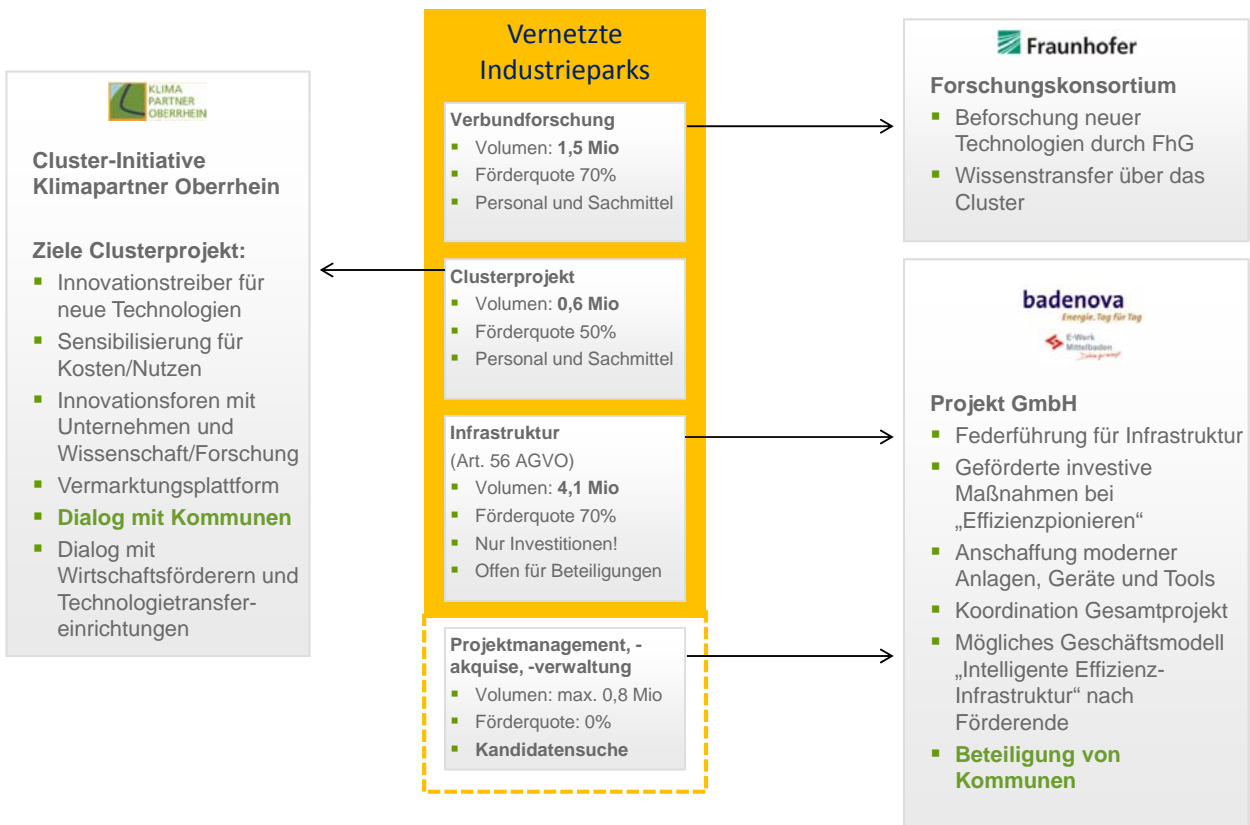
„Vernetzte Industrieparks“



Ziel des Projektes:

- Steigerung der Energieeffizienz der ortsansässigen Unternehmen
- Erschließung von Vernetzungspotentialen („Nachbarn produzieren für Nachbarn“)
- Steigerung des Anteils an Erneuerbaren Energie und KWK
- Auslösen eines „Innovationskonvois“
- Wissenstransfer und Informationsaustausch

Ressourcen- und Aufgabenverteilung Vernetzte Industrieparks



Projektverlauf RegioWIN



9

Energieeffizienz-Projekte der KPO

1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte

- Vernetzte Industrieparks

- Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)

2. Klimapartner-Innovationscluster

3. BAFA-Netzwerk für Kommunen

4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

10



Energieeffizienz-Projekte der KPO

1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte

- Vernetzte Industrieparks

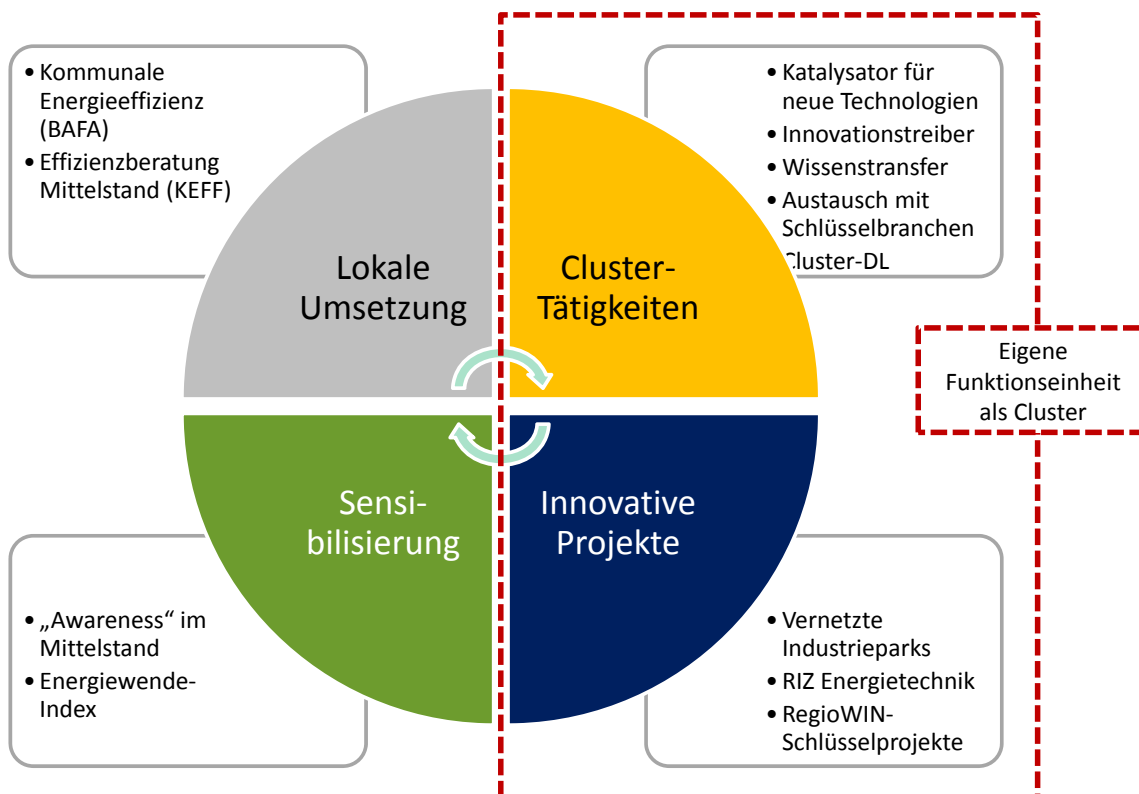
- Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)

2. Klimapartner-Innovationscluster

3. BAFA-Netzwerk für Kommunen

4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

Handlungsfelder KPO



13

Ziele des neuen Clusters

- Etablierung der neuen CI als **Innovationstreiber** für die "Modellregion Energiewende" (REK-Leitbild)
- **Sensibilisierung** der Unternehmen für Innovationspotentiale
- gezielte **Verstärkung der Innovationsaktivitäten** von Unternehmen in den Bereichen
 1. **nachhaltige Energiesysteme und Digitalisierung,**
 2. **Innovative Energieeffizienzlösungen (Industrie und Gewerbe)**
 3. **Querschnittstechnologien (v.a. Mikrosysteme und Sensorik)**
- Stärkung der **Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und FuE-Einrichtungen sowie Hochschulen in o.g. Kompetenzfeldern**
- Stärkung der **Zusammenarbeit von Unternehmen mit Wirtschafts- und Innovationsförderern** sowie Intermediären des Technologietransfers
- **Umsetzung von Innovationen** in marktreife Produkte und DL
- Support **von Kooperationsprojekten**
- **synergetische Nutzung** etablierter Strukturen und Projekte

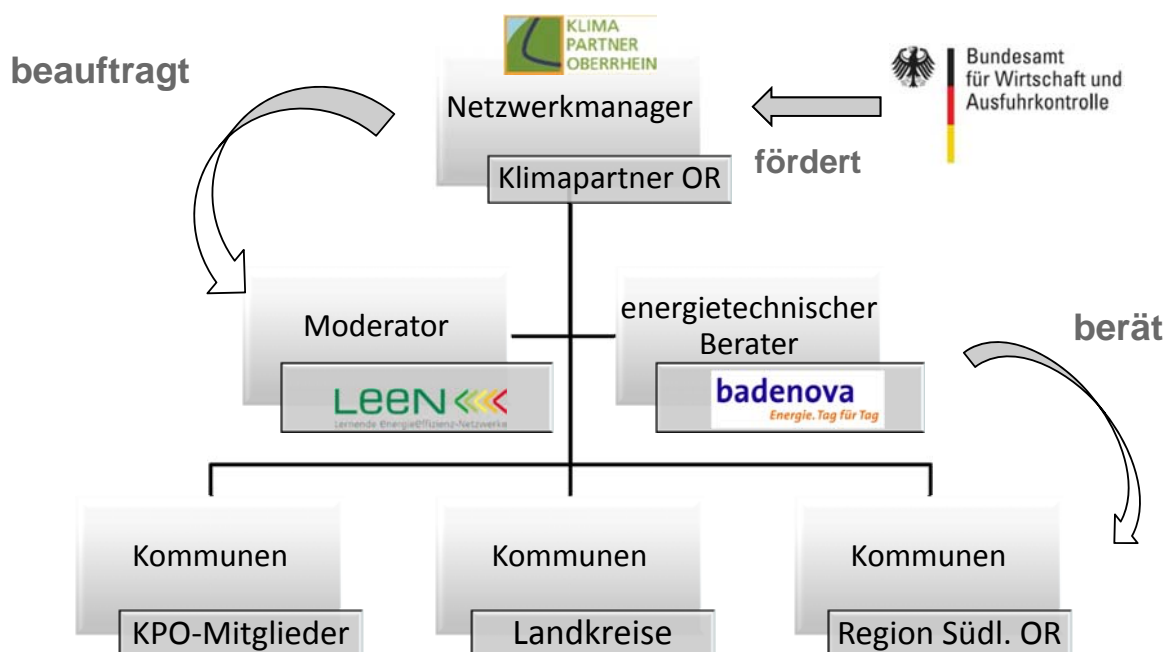
14

Energieeffizienz-Projekte der KPO



- 1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte
 - Vernetzte Industrieparks
 - Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)
- 2. Klimapartner-Innovationscluster
- 3. BAFA-Netzwerk für Kommunen**
- 4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

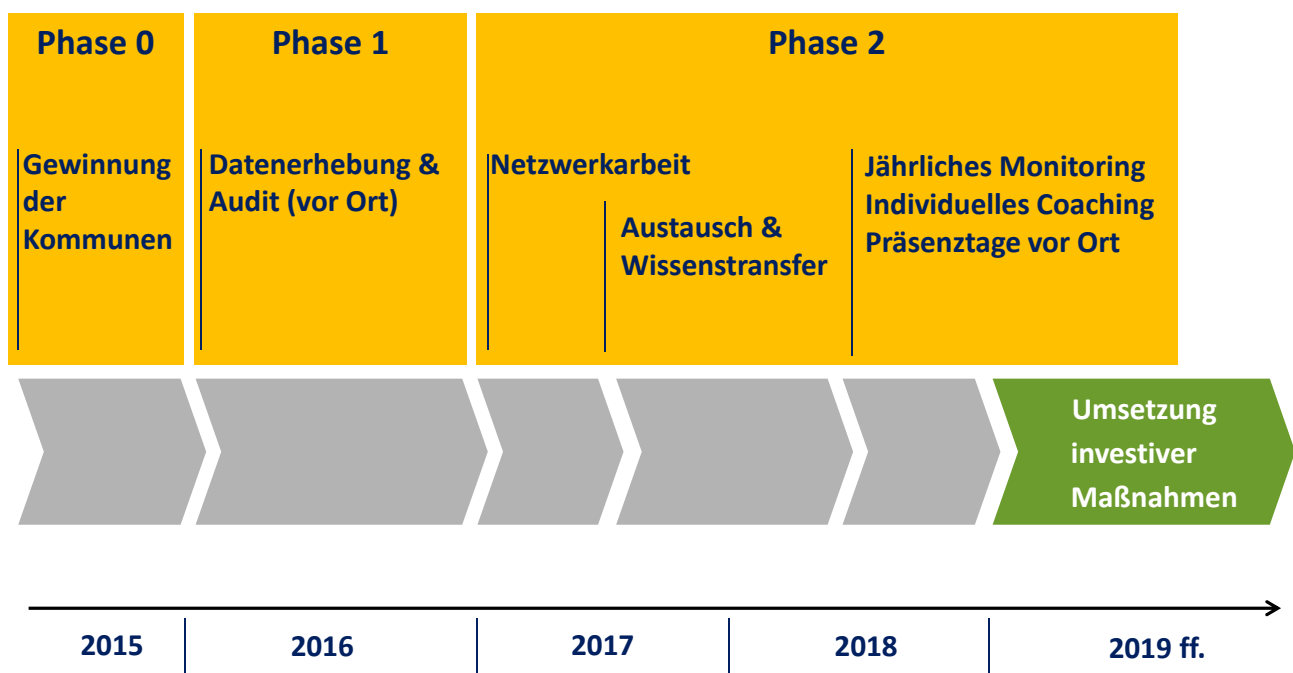
BAFA: Energieeffizienz-Netzwerke für Kommunen



Fördergegenstand des BAFA-Netzwerkes



Arbeitsphasen und Projektverlauf



Nutzen:

- **Transparenz** der Verbräuche und Kosten
- Umfassende **Effizienzsteigerung** durch systematisches Management und erste Maßnahmenumsetzung
- klar definierter **CO₂-Beitrag**
- langfristige **Entlastung des kommunalen Haushaltes**
- **Professionalisierung** des eigenen Personals
- Erleichterung weiterer **Umsetzungsmaßnahmen**
- **Erfüllungshilfe für gesetzl. Anforderungen** (z.B. Sanierungsfahrplan/EWärmeG 2015)
- **Kommunikationspaket** (Muster-Presstexte, PR-Material)
- **Förderkataloge** für Effizienzmaßnahmen für Ihre Bürger/innen

Aufwand:

- Eigene Personalkosten (Vor-Ort-Arbeit + Netzwerktreffen)
- Ko-Finanzierung i.H.v. 5.000 Euro/Jahr* (drei Jahre)

*: kann je nach Größe der Kommune und Förderfähigkeit der zu auditierenden Betriebe (Nicht-KMU) variieren

19

Energieeffizienz-Projekte der KPO

1. RegioWIN-Leuchtturmprojekte

- Vernetzte Industrieparks

- Regionales Innovationszentrum Energie (RIZ)

2. Klimapartner-Innovationscluster

3. BAFA-Netzwerk für Kommunen

4. Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)

20

Gebietskulissen/Regionale Verteilung

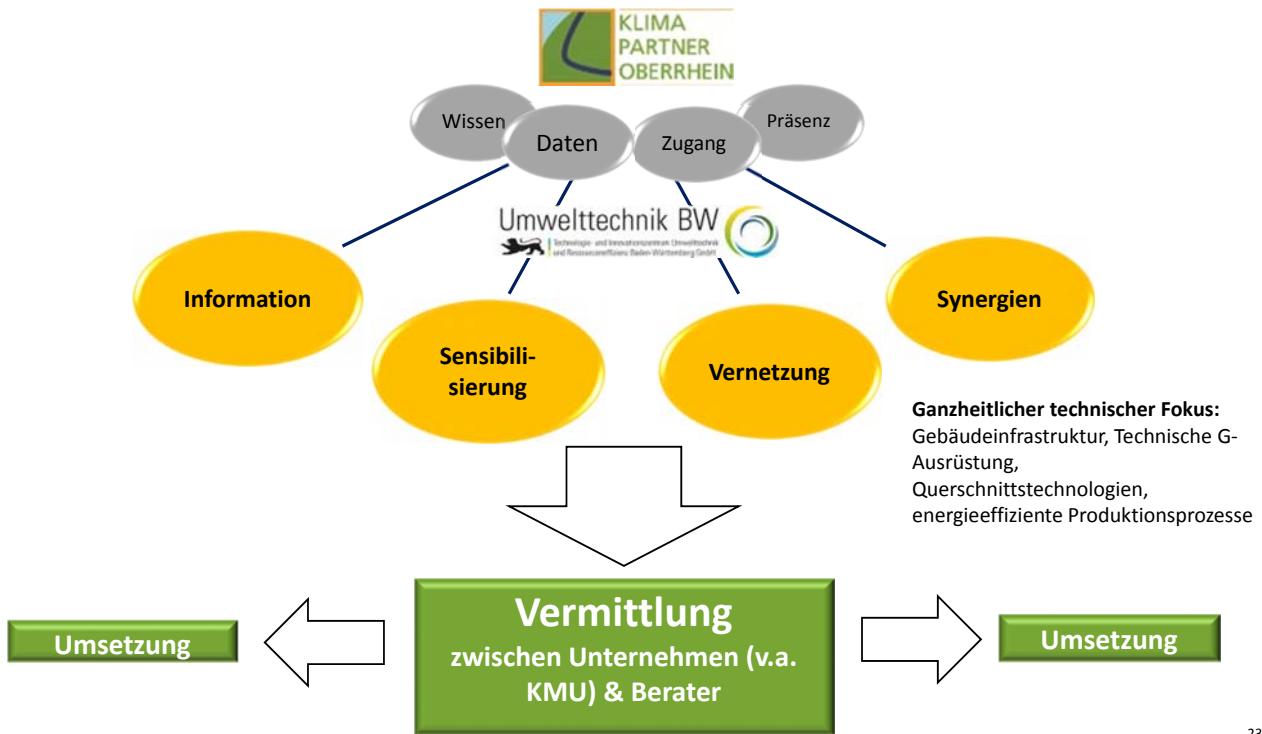
Anzahl Effizienzmoderatoren je Region:

Bodensee-Oberschwaben Donau-Iller Hochrhein-Bodensee Neckar-Alb Nordschwarzwald Ostwürttemberg Schwarzwald-Baar-Heuberg	} 1
Heilbronn-Franken Mittlerer Oberrhein Rhein-Neckar Südlicher Oberrhein	} 2
Stuttgart	} 3



KEFF-Prämierung am 03.12.2015





Projektpartner



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*Dr. Thorsten Radensleben
Erster Vorsitzender Klimapartner Oberrhein*

Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.
c/o badenova AG & Co.KG
Tullastraße 61
79108 Freiburg
Telefon: 0761/279-3042
robin.grey@klimaschutz-oberrhein.de
www.klimaschutz-oberrhein.de